

Bezirksgemeinschaft Pustertal (Teil 1 von 3)

Interkommunaler Hochseilgarten

Roland Griessmair wurde als Präsident der Bezirksgemeinschaft Pustertal mit einer Reihe von Neuerungen konfrontiert und hat selbst einige Neuerungen auf den Weg gebracht. Die PZ hat mit ihm über die Institution Bezirksgemeinschaft im Allgemeinen und über sein Arbeitsprogramm im Besonderen gesprochen.

Die Bezirksgemeinschaft Pustertal ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts der Pustertaler und Gadertaler Gemeinden und somit eine interkommunale Interessenvertretung und ein übergemeindliches Sprachrohr. Wann immer es ein Problem zu lösen gilt, das mehr als eine Gemeinde berührt, soll die Bezirksgemeinschaft der richtige Ansprechpartner sein. Präsident Roland Griessmair, von Beruf Bauingenieur, charakterisiert den Verband so: „Die Autonomie der Gemeinden wird durch die Bezirksgemeinschaft nicht beeinträchtigt, im Gegenteil: Durch gemeinsame Aktionen wird sie gefördert und gestärkt. Die Bezirksgemeinschaft soll neben den institutionellen Aufgaben, die ihr vom Statut und durch Gesetze auferlegt sind, Initiator, Mediator, Berater, Vermittler und Helfer sein. Sie vertritt den Bezirk in allen Belangen, sie soll dazu beitragen, das Pustertal starkzumachen. Die Bezirksgemeinschaft soll für die Pustertaler Gemeinden ein Gemeindeverband im Kleinen sein.“

Bewährt

Für Roland Griessmair, ein Sohn des ehemaligen SVP-Bezirksobmannes Franz Griessmair, hat sich die Institution Bezirksgemeinschaft seit ihrem Bestehen bestens bewährt. Sie nimmt zum einen Aufgaben wahr, die von der Landesregierung deswegen an die Bezirke delegiert werden, weil sie durch die dezentrale Verwaltung besser funktionieren. Das trifft beispielsweise auf die Dienste ‚Essen auf Rädern‘ auf die Hauspflege, aber auch auf die Umweltdienste zu. Die Umwelt- und die Sozialdienste sind denn auch die beiden Kernbereiche, die von der Bezirksgemeinschaft wahrgenommen werden. Des Weiteren geben Gemeinden Aufgabenbereiche an die Bezirksgemeinschaft ab, weil sie selbst damit entweder überfordert oder sie in Eigenregie zu betreiben zu teuer sind. In Südtirol hätten sich die Bezirksgemeinschaften deswegen recht unterschiedlich entwickelt, weil nicht überall dieselben Aufgaben an dieselben delegiert wurden, stellte Griessmair fest und meinte fortgehend: „Auch wenn die Umwelt- und Sozialdienste die Kernaufgaben der Bezirksgemeinschaften sind, befassen sich diese vielen anderen Bereichen darüber hinaus.“ So habe er sich vor Kurzem mit Landeshauptmann Luis Durnwalder über mögliche weitere Aufgaben unterhalten, die von der Bezirksgemeinschaft Pustertal übernommen werden könnten. Ob der räumlichen Ferne zu Bozen befände sich das Pustertal nämlich in einer besonderen Situation. Griessmair denke da etwa an eine eigene Ärztekommision in Bruneck, die für die Verlängerung der Führerscheine für Senioren über 80 zuständig ist, aber auch für die Überprüfung der Alkoholsünder. Die müssten immer noch nach Bozen fah-



Roland Griessmair,
Präsident der
Bezirksgemeinschaft
Pustertal

ren, eine Kommission in Bruneck würde Vieles erleichtern, ist der Präsident überzeugt.

Standortnachteile ausgleichen

Es ist das Ziel des 3. Präsidenten der Bezirksgemeinschaft Pustertal (seine Vorgänger waren Manfred Schmid, Bürgermeister von Terenten und Josef Jud, Bürgermeister von



Die Zentrale der Bezirksgemeinschaft Pustertal ist im Sternhof in Bruneck untergebracht

Olang) in Übereinstimmung mit der Landesverwaltung weitere Dienste peripher anzusiedeln bzw. bestehende zu stärken. „Das gilt“, so Griessmair, „auch für die Sanitätsreform. So muss die Grundversorgung am Krankenhaus Innichen erhalten bleiben. Die Zentralisierung ist weder bürgerfreundlich noch ist sie in jedem Falle kostengünstiger.“ Klare Worte des aufgehenden SVP-Sterns am Polithimmel. Griessmair hielt die Zusammenlegung der lokalen Polizeidienste außerdem für sinnvoll und zweckmäßig. In Bezug auf das Handynetz, das Internet, den Fernsehempfang sollen ab 2013 alle Gemeinden vernetzt und einwandfrei versorgt sein. Unter der Koordination der Bezirksgemeinschaft werden zurzeit die Gefahrenpläne ausgearbeitet, die

nach Felsstürzen im Sommer nötig wurden: „Wir tun alles, um Standortnachteile von einzelnen Gemeinden auszugleichen, um die Abwanderung zu stoppen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Stärkung des ländlichen Raums im Pustertal ist die größte Herausforderung für die Zukunft, denn das Pustertal ist in Südtirol Peripherie. Auch im Pustertal sind Gemeinden abwanderungsgefährdet. Es gilt, in allen



Auch im Pustertal sind einige Gemeinden abwanderungsgefährdet (im Bild Prettau); dem will die Bezirksgemeinschaft entgegenwirken

Dörfern dem entgegenzusteuern und das Dorfleben zu erhalten. Die Zentralisierung nach Bozen ist spürbar. Auch einer Zentralisierung innerhalb des Tals nach Bruneck gilt es, mit dem Subsidiaritätsprinzip zu antworten. Arbeitsplätze müssen über das ganze Tal attraktiv gestaltet und ge-



Wengen: eine der fünf ladinischen Gemeinden

Foto: wpz

streut werden. Vor allem Akademiker müssen weitgehend in unserem Tal gehalten werden. Dazu braucht es insbesondere die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden. Gemeinsam mit dem Land soll eine Studie zum Wirtschaftsstandort Pustertal erstellt werden, in der die Stärken und Schwächen analysiert werden.“

Gemeinden stärken

Was das Tätigkeitsprogramm bis 2015 angeht, soll für Griessmair der Grundsatz gelten, der vor allem in Zeiten immer knapper werdender Mittel zunehmend an Bedeutung gewinnt: „Zuerst das Notwendige, dann das Nützliche und am Ende das Angenehme.“ So will der neue Präsident verstärkt auf Team-

arbeit setzen: „Für die Bezirksgemeinschaft gilt es, Netzwerke mit den Gemeinden und mit anderen Körperschaften und Institutionen aufzubauen. Möglichst alle Verantwortungsträger sollen in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Neben den offiziellen Terminen im Rat, im Ausschuss und in den Unterbezirken sollen Bürgermeister-Stammtische und auch ein Gemeinden- und Bürgermeistertag auf Bezirksebene einge-



Kreuzbergpass: Grenze zu Belluno, die keine ist

Foto: wpz

führt werden. Die Bedürfnisse der Stadt-, Land- und Kleingemeinden sind in Einklang zu bringen, und es ist der entsprechende Ausgleich zu schaffen.“ Insgesamt sollen zusammen mit dem Gemeindeverband und dem Rat der Gemeinden die Gemeinden aufgewertet und die Autonomie der Gemeinden



Marktgemeinde Sand in Taufers: wichtige Stimme im Bezirk

Foto: wpz

ausgebaut werden. Griessmair sagt: „Die Kompetenzen zwischen der Autonomen Provinz und den Gemeinden müssen klar aufgeteilt werden, und es müssen auch klare Kriterien zur Finanzierung und zur Sicherung der Unabhängigkeit der Gemeinden geschaffen werden. Die Autonome Provinz und die Gemeinden müssen Partner sein, schließlich stehen beide im Dienste der Bevölkerung.“

Sparen ist Gebot der Stunde

Die Bezirksgemeinschaft ist ein moderner Dienstleistungsbetrieb mit derzeit 325 Mitarbeitern, von denen 75 Prozent Frauen sind. Griessmair zur Personalpolitik: „Sparen ist sowohl auf Staats- als auch auf Landesebene das Gebot der Stunde. Der

finanzielle Spielraum wird in Zukunft sehr knapp bemessen sein. Es wird daher im Großen und Ganzen notwendig sein, mit den bestehenden Personalressourcen auszukommen, auch wenn neue Dienste aufgenommen oder bestehende verstärkt werden. Personal abbauen werden wir aber nicht. Es kann allerdings zutreffen, dass wir bestehende Stellen bei Pensionierung nicht mehr nachbesetzen. Durch permanente Fortbildung werden wir die Effizienz und Produktivität ständig steigern. Ebenso soll die Bezirksgemeinschaft Vorbild sein, wenn es darum geht, Familie und Beruf zu vereinbaren. Moderne Arbeitsformen wie freie Mitarbeit und Telearbeit sollen eingeführt und ausgebaut werden.“

Regionalmanagement

Der allgemeine Sparzwang hat natürlich auch Nachteile, des-

sen ist sich Griessmair bewusst und er fürchtet: „Es wird in Zukunft schwierig werden, neue Dienste anzubieten, die mit beträchtlichen Kosten verbunden sind. Es wird kaum Spielraum für neue Investitionen geben.“ Um die Dienste der Bezirksgemeinschaft insgesamt effizienter zu gestalten, setzt Griessmair auf die Stichworte Regionalmanagement und Regionalentwicklung. Sie sind das große Thema der Zukunft. Erste Schritte sind laut dem Präsidenten bereits gesetzt worden: „In Osttirol befassen sich beispielsweise drei Leute hauptberuflich mit dem Thema Regionalmanagement. Das soll auch bei uns geschehen, zumal das Regionalmanagement zum Großteil über EU-Projekte (Interreg, Leader, Ziel-2, ESF usw.) finanziert wird. Bei der Umsetzung kommt der Bezirksgemeinschaft eine zentrale Rolle zu. Wir streben auch eine enge Zusammenarbeit mit Osttirol, dem Zillertal und dem Belluno an.“ •